

Gesellschaftsvertrag der Malsheimer Sonnendach GbR

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

(Stand: 22.11.2005)

Präambel

Die Nutzung der Solarenergie ist eine der umweltfreundlichsten Energieformen der Zukunft. Mit ihrer Anwendung kann sowohl der Ausstoß von Kohlendioxid an die Umwelt, als auch Sicherheits- und Entsorgungsprobleme, wie sie beim Betrieb anderer Kraftwerke entstehen, deutlich verringert werden. Sie ermöglicht eine krisensichere und dezentrale Energieversorgung weltweit. Um hierzu einen Beitrag zu leisten, hat der Arbeitskreis Natur & Umwelt der lokalen Agenda 21 in Renningen den Bau einer Gemeinschafts-Photovoltaik-Anlage mit einer Gesamtleistung von bis zu 20 Kilowattpeak angeregt. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat unterstützen dieses Projekt. Der Gemeinderat hat im Jahr 2004 beschlossen, das Dach der Friedrich Silcher Schule in Renningen Malsheim zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund schließen die Unterzeichnenden folgenden Gesellschaftsvertrag ab:

§ 1

Name, Zweck, Sitz

- (1) Die Gesellschaft "Malsheimer Sonnendach GbR" ist eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gem. den §§ 705 ff. BGB.
- (2) Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der dauerhafte Betrieb einer Photovoltaikanlage in Renningen, sowie der Verkauf des daraus erzielten solaren Stroms. Die Gesellschaft verfolgt die Absicht hierbei einen Gewinn zu erzielen.
- (3) Der Sitz der Gesellschaft ist 71272 Renningen.
- (4) Die Postadresse lautet
Malsheimer Sonnendach GbR
c/o Jens Weiblen
Kasernenstraße 17
71272 Renningen
- (5) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tage der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages am 02.12.2005 und endet am 31.12.2005

§ 2

Gesellschafter

- (1) Die unterzeichnenden Gesellschafter sind Gründungsmitglieder und verpflichten sich, eine Einlage in Höhe von 500,- Euro oder ein Vielfaches davon auf das Gesellschaftskonto einzuzahlen.
- (2) Die Gesellschaft wird maximal 220 Anteile zu 500,- Euro gleich 110.000,- Euro Gesellschaftskapital ausgeben. Eine nachträgliche Zeichnung von Anteilen ist möglich bis einschließlich 28.02.06.

(3) Die Beteiligung der Gründungsmitglieder wird mit Gutschrift auf das Gesellschaftskonto wirksam. Die Einzahlung muss bis spätestens 31.12.05 erfolgt sein. Für die nachträgliche Zeichnung muss die Einzahlung bis zum 28.02.2006 erfolgt sein.

(4) Die Gesellschafter verpflichten sich, jede Änderung bezüglich ihrer Anschrift, Steuernummer, etc. unverzüglich schriftlich der Geschäftsführung mitzuteilen.

§ 3

Geschäftsführung und Vertretung

(1) Auf der Gründungsversammlung werden zur Geschäftsführung bis zur ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung berufen:

A - Jens Weiblen, Malmsheim

B - Wolfgang Herdtle, Malmsheim

C - Andreas Benzinger, Renningen.

(2) Die Geschäftsführer vertreten gemeinsam die Gesellschaft und sind jeweils einzeln vertretungsberechtigt. Die Geschäftsführung ist berechtigt in Einzelfällen Untervollmacht zu erteilen und ist allgemein von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit..

(3) Die Bestellung der Geschäftsführer ist zunächst befristet bis zur Einberufung der ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung im Jahre 2006.

(4) Auf dieser Versammlung wählen die Gesellschafter aus ihrer Mitte drei Geschäftsführer. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre, Wiederwahl ist zulässig.

Sollte die nötige Stimmenzahl zur Wiederwahl nicht zustande kommen, verlängert sich die Amtszeit nach Einwilligung der Geschäftsführer automatisch um weitere zwei Jahre. Stimmt mindestens ein Geschäftsführer seiner Wiederwahl oder der Amtszeitverlängerung nicht zu oder ist er aus anderen Gründen an der weiteren Ausübung seines Amtes dauerhaft verhindert, so vertreten ihn die verbleibenden Geschäftsführer bis zur Wahl eines neuen Geschäftsführers kommissarisch. Ein alleiniger Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft allein. In diesem Fall ist der Geschäftsführer verpflichtet, unverzüglich eine Gesellschafterversammlung zur Wahl der neuen, weiteren Geschäftsführer einzuberufen.

(5) Die Geschäftsführung hat neben der allgemeinen Pflicht, den Gesellschaftszweck zu fördern, folgende Aufgaben:

1. Vertretung der GbR nach außen, insbesondere Abschluss

a) eines Vertrags mit der Stadt Renningen über die Überlassung des Dachs der Friedrich-Silcher Schule oder eines anderen Gebäudes

b) eines Darlehensvertrags über einen Kredit zur Finanzierung der Anlage, sowie entsprechende Sicherungsverträge.

c) eines Einspeisevertrags mit dem zuständigen Versorgungsunternehmen.

d) eines Werkvertrags über die Herstellung der Gemeinschaftsanlage. Dazu sind Angebote einzuholen. Bei der Erstellung und Vergabe wirken gleichberechtigt drei Gesellschafter mit. Bei Abstimmungen muß eine Mehrheit von zwei Stimmen gegeben sein. Die drei Gesellschafter sind von der Gesellschaftsversammlung zu wählen.

e) einer Elektronikversicherung sowie einer Haftpflichtversicherung für die durch den Betrieb der Anlage evtl. entstehenden Schadens- und Haftungsfälle.

2. Ergreifung aller zur Erhaltung der Gemeinschaftsanlage notwendigen Maßnahmen.

3. Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens, insbesondere Einziehung der Stromeinspeisevergütung für alle Gesellschafter.

4. Jährliche Erstellung eines Berichts über das Betriebsergebnis der Anlage mit der Abrechnung der erzielten Einspeisevergütung, jeweils bis spätestens 30. April des Folgejahres.

5. Jährliche Einberufung einer Gesellschafterversammlung nach der Vorlage des Berichts (Ziffer 4).

6. Erfüllung der steuerlichen Pflichten, die sich aus der Gesellschaft ergeben.

7. Festlegung der Postadresse.

(6) Die Gesellschafter beauftragen die Geschäftsführung hiermit ausdrücklich mit der Durchführung der in Absatz 5 genannten Aufgaben und erteilen entsprechende Vollmacht. Zum Zwecke des Nachweis der Vollmacht im Rechtsverkehr erhalten die Geschäftsführer eine Vollmachtsurkunde.

(7) Die Geschäftsführer erhalten im ersten Geschäftsjahr eine Aufwandsentschädigung in Höhe von zusammen 60 EUR / Monat. Über die Entschädigung in den Folgejahren entscheidet die Gesellschafterversammlung.

§ 4 Gesellschaftskapital

(1) Das Gesellschaftskapital bildet sich aus maximal 220 Miteigentumsanteilen zu je 500,- Euro gleich 110.000,- Euro (feste Kapitalanteile).

(2) Sind 220 Anteile zu je 500,- Euro eingezahlt, werden keinerlei neue Anteile mehr ausgegeben bzw. Gesellschafter aufgenommen.

(3) Jeder Gesellschafter hat je Anteil eine Stimme.

(4) An diesem Kapital sind mit festen Kapitalanteilen beteiligt: Die Gesellschafter laut Anlage zu diesem Gesellschaftsvertrag.

§ 5 Anteile, Rücklagen

(1) Bei dem Miteigentumsanteil handelt es sich nicht um einen konkreten, sondern um einen ideellen Anteil an der Gesamtanlage. Kein Gesellschafter ist also Eigentümer eines bestimmten Teiles der Anlage.

(2) Zugunsten der Anteilseigner werden Rücklagen gebildet in Höhe von 5 % der Anschaffungskosten der Anlage. Hierzu wird die Vorsteuerrückerstattung verwendet.

Sollte der eingezahlte Betrag plus Darlehensbetrag (§ 4 Abs. 1) die Anschaffungskosten der Anlage übersteigen, wird der übersteigende Betrag als Rücklage verwendet. Der danach evtl. fehlende Betrag wird bei der Abrechnung der Einspeisevergütung einbehalten.

(3) Ergibt sich dagegen nach Anwendung von Absatz 2 eine Überzahlung, so entscheidet über deren Verwendung die Gesellschafterversammlung.

(4) Zu Reparaturzwecken entnommene Rücklagen müssen unverzüglich in den darauf folgenden Geschäftsjahren wieder gebildet werden.

(5) Für Auslagen der Geschäftsführung, Versicherungen, Wartung und Reparaturen sind laufende Zahlungen zu leisten. Diese Zahlungen werden mit der jährlichen Abrechnung der Einspeisevergütung verrechnet.

§ 6 Dauer der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft beginnt mit Vertragsunterzeichnung und ist zunächst begrenzt auf den 31.12.2026. Die Gesellschafter verpflichten sich bereits jetzt, im Jahr 2026 zu den dann gegebenen Rahmenbedingungen über eine Fortsetzung bzw. Liquidation der Gesellschaft zu entscheiden.

(2) Sollte sich der Bau der Anlage im Jahr 2006 aus technischen oder finanziellen Gründen nicht realisieren lassen, so wird die Gesellschaft auf einer Gesellschafterversammlung im Jahr 2006 über die Auflösung der Gesellschaft entscheiden. Das Gesellschaftsvermögen wird dann entsprechend § 14 verwertet.

§ 7 Jahresabschluss

(1) Die Geschäftsführung hat bis zum 30. April des Folgejahres den Jahresabschluss für das vorangegangene Geschäftsjahr vorzulegen.

(2) Am Gewinn und Verlust der Gesellschaft sind die Gesellschafter nach Maßgabe ihres Anteils am festen und ausgegebenen Gesellschaftskapital beteiligt, z.B. bei sechs Anteilen zu 6/220, falls 220 Anteile ausgegeben wurden.

§ 8 Kontrollrechte

Sämtlichen Gesellschaftern stehen die Kontrollrechte nach den Vorschriften über die Gesellschaft (§ 716 BGB) zu.

§ 9 Gesellschafterversammlung

(1) Mindestens einmal jährlich haben die Geschäftsführer im ersten Halbjahr eine Gesellschafterversammlung in Renningen abzuhalten. Dazu sind die Gesellschafter mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich oder per Email zu laden.

(2) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen können auf Antrag von mindestens zehn Gesellschaftern jederzeit, ebenfalls unter Einhaltung einer Ladungsfrist von vier Wochen und Angabe der Tagesordnung, in Renningen einberufen werden. Die Einladung erfolgt schriftlich oder per Email.

(3) Jeder Gesellschafter ist berechtigt, sich in der Gesellschafterversammlung durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Die Vollmachtserteilung ist der Geschäftsführung schriftlich vor Beginn der Gesellschafterversammlung einzureichen.

(4) Die Gesellschafter wählen aus ihrer Mitte mit einfacher Mehrheit zwei Rechnungsprüfer. Diese prüfen den Jahresabschluss und legen der Gesellschafterversammlung das Ergebnis ihrer Prüfung vor. Die Wahl der Kassenprüfer erfolgt erstmalig auf der Gründungsversammlung, ansonsten zusammen mit der Wahl der Geschäftsführer für zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Die Gesellschafterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Wahl der Geschäftsführung
- Genehmigung des Jahresabschlusses
- Entlastung der Geschäftsführung
- Festsetzung der Höhe der in § 3 Absatz 8 bezeichneten Aufwendungen
- Änderungen des Gesellschaftsvertrages mit Dreiviertelmehrheit
- Ausschluss von Gesellschaftern mit Dreiviertelmehrheit
- Auflösung der Gesellschaft mit Dreiviertelmehrheit
- Vollmachtserteilung für die Geschäftsführer

(6) Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit sich aus diesem Vertrag nichts anderes ergibt.

(7) Beschlussfähig ist die Gesellschafterversammlung, wenn mehr als 30 % der Anteile vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, so kann mit sofortiger Wirkung eine Gesellschafterversammlung einberufen werden, die dann immer beschlussfähig ist. Hierauf ist bereits im Einladungsschreiben hinzuweisen.

(8) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sind in einem schriftlichen Protokoll durch die Geschäftsführung festzuhalten.

(9) Beschlüsse der Gesellschafter erfolgen grundsätzlich in der Gesellschafterversammlung, ausnahmsweise auch oder ergänzend schriftlich im Umlaufverfahren.

§ 10 Kündigung der Gesellschaft

(1) Das Recht eines Gesellschafters, die Auflösung der Gesellschaft zu verlangen, wird auf Dauer ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, wie beispielsweise in § 6 (2) aufgeführt.

(2) Jeder Gesellschafter kann sein Gesellschaftsverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Kalenderjahr, erstmals zum 31.12.2016, aufkündigen. Die Kündigung hat schriftlich gegenüber der Geschäftsführung zu erfolgen. Den übrigen Gesellschaftern steht in diesem Fall ein Vorkaufsrecht zu.

(3) Ein Anspruch auf Auszahlung eines Gesellschaftsanteils bzw. Rückzahlung seiner Einzahlung hat der Gesellschafter nicht. Er kann jedoch die Rechte aus § 11 wahrnehmen.

(4) Im Falle einer Kündigung wird die Gesellschaft mit den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt. Dasselbe gilt für den Todesfall eines Gesellschafters.

§ 11

Abtretung, Belastung der Rechte

(1) Die Gesellschafter können ihre Rechte aus der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung und ihre Beteiligung jeweils zum 1. Januar eines Jahres wirksam übertragen, insbesondere veräußern und verschenken.

(2) Die Gesellschafter verpflichten sich, jede Übertragung oder Veräußerung der Geschäftsführung schriftlich anzuzeigen.

(3) Die Gesellschafterrechte sind voll vererblich.

(4) Jeder neue Gesellschafter übernimmt vollumfänglich die Rechte und Pflichten des ausscheidenden Gesellschafters. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, die von ihm übernommenen Verpflichtungen seinem Rechtsnachfolger aufzuerlegen.

§ 12

Ausschließung

(1) Die Gesellschaft kann einen Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss wirksam ausschließen, wenn

- über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse rechtskräftig abgelehnt wird,
- der Miteigentumsanteil eines Gesellschafters gepfändet wird oder
- er schuldhaft grob seine Pflichten aus diesem Gesellschaftsvertrag verletzt.

(2) Der Beschluss hierüber bedarf einer Dreiviertelmehrheit der Stimmen.

(3) Der ausgeschlossene Gesellschafter scheidet zum Ende des laufenden Geschäftsjahres aus der Gemeinschaft aus. Er ist verpflichtet, seinen/seine Miteigentumsanteil/e zu übertragen. Dieser/diese Anteil/e wird/werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung entweder von einem Miteigentümer oder mehreren Miteigentümern übernommen. Ist dies nicht möglich, wird der/die Anteil/e freihändig veräußert.

(4) Bei allen Beschlüssen über den Ausschluss und seine Folgen hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht.

§ 13

Ausscheiden von Gesellschaftern

(1) Scheiden Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, so wird die Gesellschaft mit den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt.

(2) Eine Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters wird nicht gewährt. Es bestehen jedoch die Rechte nach § 11.

§ 14 Auflösung der Gesellschaft

(1) Bei Auflösung der Gesellschaft ist die Gemeinschafts-Photovoltaik-Anlage zu verwerten. Erlös und noch vorhandene Rücklagen sind nach Abzug aller Verbindlichkeiten im Verhältnis der Miteigentumsanteile unter den Gesellschaftern zu verteilen. Sollte bei der Auflösung ein Fehlbetrag bleiben, so ist dieser durch die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Miteigentumsanteile zu begleichen (§ 735 BGB).

Sofern eine Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt, ist die Geschäftsführung mit der Liquidation beauftragt.

(2) Die Gesellschafter können mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen die Veräußerung der Gemeinschafts-Photovoltaik-Anlage beschließen.

§ 15 Erbfolge

(1) Im Falle des Todes eines Gesellschafters wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern mit dessen Erben fortgesetzt.

(2) Wird ein Gesellschafter von mehreren Personen beerbt, sind diese verpflichtet, unverzüglich einen Vertretungsberechtigten zu benennen, der zukünftig die Rechte für die Erbengemeinschaft ausübt.

§ 16 Ausschüttung

(1) Es soll jährlich eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgen.

(2) Über die Höhe der Ausschüttung entscheidet jeweils die Gesellschafterversammlung unter Berücksichtigung der zu bildenden Rücklagen (siehe § 5).

(3) Jedem Gesellschafter steht der ausgeschüttete Betrag nach Maßgabe des Anteils am festen Gesellschaftskapital gem. § 4 zu.

§ 17 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird der Vertrag davon nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist vielmehr von den Gesellschaftern unverzüglich derart zu ersetzen, dass der beabsichtigte Zweck in gesetzlich zulässiger Weise unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange bestmöglich erreicht wird.

(3) Sollte sich eine Auslegung bzw. Ergänzung dieses Vertrages als nötig herausstellen, so hat dies die Gesellschafterversammlung unter Berücksichtigung der o.g. Grundsätze ebenfalls nachzuholen.

Renningen, den 02.12.2005